

6. Fazit

Rückblick

1945 hatte Polen – wie die anderen sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas – Geschlechtergleichheit versprochen und im Bereich der Erwerbsarbeit auch grundsätzlich etabliert. Obwohl bereits 1956 einige der diesbezüglichen Errungenschaften wieder revidiert worden waren, war die Volksrepublik doch eine der Vorreiterinnen im Hinblick auf die Einbeziehung von Frauen in den Arbeitsmarkt und blieb es – verglichen mit den Staaten des ›Westens‹ – auch bis 1989. Zugleich wurde insbesondere ab den 1970er Jahren die Rolle von Frauen als Mütter und damit als Care-Arbeiterinnen immer stärker hervorgehoben.

Dieses Buch geht zunächst der Frage nach, wie sich Geschlechterrollen vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise ab dem Ende der 1970er Jahre veränderten – insbesondere angesichts des Erstarkens der katholischen Kirche infolge der Ernennung Karol Wojtyłas zum Papst 1978 und dem Entstehen der Oppositionsbewegung rund um die Solidarność-Gewerkschaft. In Kapitel 3 stand neben den genannten Akteuren vor allem die PZPR im Zentrum der Untersuchung, bestimmte sie doch bis 1989 die Politik der Volksrepublik. Deutlich wurde dabei, dass sich die Partei zunehmend dem nationalpatriotischen Diskurs der Kirche und in Teilen der Solidarność annäherte, in welchem die mütterliche Rolle von Frauen über alle anderen Rollenbilder gehoben wurde, auch zuungunsten von Erwerbsarbeit. Auf diese Weise versuchte die Partei, ihre Macht inmitten verschiedener Krisen neu zu legitimieren und zu erhalten. Zugleich sorgte sich die PZPR um die sinkende Geburtenrate; darüber hinaus waren Teile des Zentralkomitees der Überzeugung, dass die Krise der Volksrepublik auch in der vermeintlich ›unnatürlichen‹ Geschlechterordnung des Staatssozialismus begründet sei.

Auf den Wandel der von der PZPR propagierten Geschlechterrollen folgte eine geschlechterpolitische Wende. So beschleunigte die Partei den bereits in den 1970er Jahren angedeuteten Ausbau von als Mutterschutzmaßnahmen präsentierten Berufsverboten für Frauen in ›fruchtbarkeitsschädigenden‹ Bereichen. Hinzu kam eine massive Erweiterung des Erziehungsgeldes bei gleichzeitigem Rückbau staatlicher Kinderbetreuungseinrichtungen. All das schlug sich in einer sinkenden Erwerbstätigkeit von Frauen nieder, wenn auch zunächst nur leicht. Vor dem Hintergrund des infolge der

Wirtschaftskrise entstandenen Überangebots von Arbeitskräften war diese Entwicklung durchaus gewollt, zumal eine ›Überführung‹ von Frauen in den ›Erziehungsurlaub‹ den Arbeitsmarkt um mehrere hunderttausend Personen »entlastete«. Im letzten Jahrzehnt der Volksrepublik konsolidierte sich so die Aufteilung zwischen weiblich konnotierter Care- und männlich assoziierter Erwerbsarbeit. Desgleichen kam es innerhalb des Arbeitsmarkts zu einer verstärkten Vergeschlechtlichung von Arbeit, indem Frauen zunehmend in vermeintlichen Frauenberufen wie im Sozial- und Gesundheitssektor tätig waren, die ebenfalls mit Care-Arbeit assoziiert und schlechter bezahlt wurden.

Es war dieses Zusammenspiel aus tiefer ökonomischer Krise und konservativer Wende im geschlechterpolitischen Bereich, das sich schließlich auf sozialer Ebene zum Nachteil erwerbstätiger Frauen auswirkte. So war ab 1980 nicht nur die Volksrepublik, sondern auch die Idee der sozialistischen Emanzipation der Geschlechter im Niedergang begriffen. Nichtsdestoweniger blieb die Erwerbstätigkeit von Frauen (ohne Kleinkinder) bis 1989 eher die Regel als die Ausnahme, wohingegen sich unter der neuen, von der Solidarność dominierten Regierung die Einteilung der Geschlechter in ›natürliche Sphären‹ verschärfte. Dies bedeutete – wie in Kapitel 4 gezeigt wurde – eine primäre Identifikation von Frauen mit (der Sorge um) Familie und Kinder(n), was mit der Pflicht der Frau begründet wurde, für das höhere Wohl der polnischen Nation Kinder zu gebären und zu erziehen. Dies schlug sich – auf massiven Druck der katholischen Kirche und mit ihr verbundener Abgeordneter – in einer zunehmenden Infragestellung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch nieder, widersprach dieser Eingriff doch in jeder Hinsicht dem nationalkatholischen Diskurs.

Geschlechterpolitisch bedeutete dieser *conservative backlash* zunächst eine massive Demontage staatlicher Kinderbetreuung. Schwangerschaftsabbrüche hingegen blieben zwischen 1989 und 1991 weiterhin grundsätzlich erlaubt, da sich die Parteien nicht über das Ausmaß der Verschärfung einigen konnten. Nichtsdestoweniger führte die gänzliche Verlagerung der Verantwortung für Kinderbetreuung auf Frauen in Kombination mit dem Rückbau staatlicher Betreuungseinrichtungen und der primären Entlassung von Frauen in der Wirtschaftskrise dazu, dass ihre Erwerbstätigkeit überdurchschnittlich abnahm, während die Arbeitslosigkeit von Frauen proportional dazu überdurchschnittlich stieg.

Was sich zwischen 1989 und 1991 anbahnte, kam ab 1991 zum Durchbruch. Die Verhandlung der vermeintlich kommunistischen Geschlechterordnung wurde zu der Projektionsfläche, anhand der der Systemwechsel verhandelt wurde. Insbesondere das Thema Schwangerschaftsabbruch wurde seitens der politischen Rechten zum Synonym für Kommunismus und die gescheiterte Volksrepublik stilisiert; ähnliches gilt für die Themen Kinderbetreuung, Erwerbsarbeit von Frauen oder Geschlechterrollen. In allen Bereichen forderte die rechte Seite des Sejm – um das Wohl der polnischen Nation willen – eine Rückkehr zu einer vermeintlich ›natürlichen‹ Geschlechterordnung. Dies zog eine dualistische Aufteilung in eine private Sphäre der Care-Arbeit für Frauen und eine öffentliche Sphäre der Erwerbsarbeit für Männer nach sich. Liberale und linke Parteien vertraten zwar prinzipiell die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Bereich der Erwerbsarbeit, doch auch unter selbigen waren viel Abgeordnete der Überzeugung, dass Frauen ›natürlich‹ für die Kinderbetreuung verantwortlich seien bzw. zumindest lange Auszeiten für die Kinderbetreuung nehmen sollten.

Geschlechterpolitisch war der Zeitraum zwischen 1991 und 2004 zweigeteilt. Bereits in den ersten Jahren waren das (praktisch) weitgehende Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen sowie eine drastische Reduzierung der staatlichen Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen umgesetzt worden. Hatte es solche für Kinder unter drei Jahren auch vorher bereits nur marginal gegeben, so sank nun selbst das Betreuungsangebot für Kinder ab drei Jahren stark. Zugleich existierte weiterhin ein verhältnismäßig langer ›Erziehungsurlaub‹ von drei Jahren, der finanziell allerdings niedrig bemessen war und fast ausschließlich von Frauen in Anspruch genommen wurde. Ferner blieben geschlechterspezifische Berufsverbote bis 2002 in Kraft. An diesem Datum lässt sich insofern die Zweiteilung des ersten Jahrzehnts des postsozialistischen Polen ablesen, als ab 2001 im Zuge des EU-Beitrittsprozesses Gesetze zur Gleichstellung der Geschlechter implementiert wurden.

Große Auswirkungen auf die sozioökonomische Lage hatte schließlich die Tatsache, dass sämtliche polnischen Regierungen nach 1991 vor allem männerdominierte Branchen wie die Schwerindustrie stützten, während andere, wie etwa die Leicht- bzw. Textilindustrie, ihrem Schicksal überlassen wurden. Ähnliche Auswirkungen hatte die strikte Austeritätspolitik der 1990er Jahre, die den frauendominierten öffentlichen Dienst – vor allem die Bereiche Gesundheit, Erziehung und Soziales – überdurchschnittlich stark traf. Ferner ist festzuhalten, dass sich die Propagierung einer ›familienfreundlichen‹ Politik vonseiten der politischen Rechten nicht in einem Ausbau sozialer Maßnahmen für ebendiese niederschlug; vielmehr blieb die diesbezügliche Politik äußert neoliberal.

Diese politischen Entscheidungen wie auch der Systemwechsel an sich wirkten sich grundsätzlich vor allem zum Nachteil von Menschen ohne höhere Bildung sowie der ländlichen Bevölkerung aus, von weiteren regionalen und sozialen Faktoren abgesehen. Geschlecht wirkte hier als Multiplikator, d. h. Frauen waren öfter arbeitslos als Männer, ihre Erwerbsquote sank stärker und sie waren überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen. Speziell junge Frauen waren von Diskriminierungen betroffen, was mit der Demontage staatlicher Kinderbetreuung bei gleichzeitiger Verantwortlichmachung von Frauen für (die gesamte) Care-Arbeit zusammenhing. Hinzu kam der Zusammenbruch der Leichtindustrie, in der primär Frauen beschäftigt waren. Demgegenüber profitierten gut ausgebildete Frauen vor allem in den Großstädten aus sozioökonomischer Perspektive vom Systemwechsel, was sich in einem sinkenden Gender Pay Gap und der verstärkten Repräsentation von Frauen in der Führungsebene von Unternehmen niederschlug.

Kontinuitäten und Unterschiede

Die Kernthese dieses Buches lautet, dass die Vergeschlechtlichung von Arbeit in der langen Zeit der Transformation zwischen 1980 und 2004 in Polen von großen und systemübergreifenden Kontinuitäten geprägt war, die dazu führten, dass Geschlecht in beiden politischen Systemen als ›Platzanweiser‹ fungierte. Dies konnte ich bestätigen; so ist der gesamte Untersuchungszeitraum von einem Geschlechterdiskurs geprägt, der in national-katholischen Vorstellungen verhaftet blieb. Sinnbildlich hierfür steht die (systemunabhängige) Verantwortlichmachung von Frauen für die demografische und moralische Zukunft der polnischen Nation. Zugleich bleibt die Rolle von Männern generell (und

Vätern im speziellen) systemübergreifend eine Leerstelle, galt doch ihre Erwerbsarbeit als Norm, die nicht verhandelt werden musste. Als Leerstelle sind auch alle Aspekte von ›Weiblichkeit‹ zu verstehen, die nicht in das Idealbild einer ›heiligen‹, sich aufopfernden und ›unbeschnittenen‹ Mutter passen – egal ob Sexualität, Verhütung oder die Geburt als physiologischer Akt an sich. Ebenso waren Themen, die einem idealen Familienbild entgegenstehen – wie etwa häusliche Gewalt – ein Tabu. Schließlich ist mit dem konstanten Einfluss der katholischen Kirche auf die politischen Entscheidungsträger:innen in Geschlechter-, aber nicht unbedingt in ökonomischen Fragen eine weitere Kontinuität festzuhalten.

Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg wurden diese so konstruierten Geschlechterrollen in eine Geschlechterpolitik übersetzt, die die ›natürliche‹ Trennung der Geschlechterrollen in weiblich konnotierte Care- und männlich besetzte Erwerbsarbeit forcierte – beispielsweise durch die Vernachlässigung feminisierter Branchen. Am deutlichsten zeigen sich die Kontinuitäten bei der Frage staatlich organisierter Betreuung von Kleinkindern (unter drei Jahren): 1980 wie 2004 lag diese nämlich bei ungefähr 5 %, nur dass Polen damit zu Beginn der hier untersuchten Periode zumindest im Vergleich mit dem ›Westen‹ (nicht aber mit anderen staatssozialistischen Ländern) Vorreiter war, zum EU-Beitritt hingegen Schlusslicht.

Das Resultat dieser Geschlechterpolitik war, dass Frauen im gesamten Untersuchungszeitraum stärker von Arbeitslosigkeit betroffen waren als Männer, der Geschlechterunterschied im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit wieder anstieg und die Feminisierung bestimmter Branchen sich vertiefte. Eine weitere Kontinuität zeigt sich im Zuwachs geschlechterspezifischer Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit vor allem in ökonomisch schwierigen Phasen, da Frauen in Krisenzeiten stets als erste entlassen wurden.

Zeigen sich bei der politischen Rechten und innerhalb der katholischen Kirche zwischen 1980 und 2004 sehr wenige Unterschiede in ihren geschlechterpolitischen Vorstellungen, so lässt sich bei Teilen der Liberalen und Linken doch eine Verschiebung feststellen. Die Parteien der politischen Linken, die vor allem aus der PPZR hervorgegangen waren, verabschiedeten sich zunehmend von den patriarchalen Vorstellungen der Parteikader aus den 1980er Jahren. Zusammen mit Teilen der Liberalen schrieben sie sich in einen neoliberalen Diskurs ein, der einen gleichen Zugang zu Arbeit für Frauen forderte und sich gegen jegliche geschlechterspezifischen Berufsverbote aussprach. Ab 1997 und insbesondere nach 2001 gab es aus diesem Lager auch Abgeordnete, die ›natürliche‹ Geschlechterrollen generell als Konstrukt in Frage stellten. Hier wurde vor allem mit Polens Beitritt zur Europäischen Union argumentiert, die nun – als Gegenspielerin des Kommunismus – zum Sinnbild einer progressiven Geschlechterpolitik wurde. Neu war, dass erstmals vereinzelt Männerrollen thematisiert wurden. Jedoch darf dieser Umstand nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses linksliberale Lager lange Zeit weitgehend reaktiv blieb, d. h. sich am nationalkatholischen Diskurs abarbeitete und damit konstant in einer rechtfertigenden Position verharrte. Insofern entwickelten sich zwar neue Diskursstränge, doch blieb das nationalkatholische Motiv nach wie vor hegemonial.

Auch sei auf einige grundlegende Veränderungen in der Geschlechterpolitik zwischen 1980 und 2004 hingewiesen; an erster Stelle etwa auf das fast völlige Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen (1993), das – aller Rhetorik zum Trotz – bis zum Ende der

Volksrepublik so nicht auf der Agenda gestanden hatte. Hinzu kommt die Entscheidung über den Rückbau der staatlichen Kinderbetreuung im Zuge der Austeritätspolitik ab 1990. Demgegenüber wurden Gesetze, die einer völligen Gleichstellung der Geschlechter im Bereich der Arbeit entgegenstanden – etwa indem sie Berufsverbote für Frauen festlegten –, erst auf Druck der Europäischen Union im Rahmen der Beitrittsverhandlungen geändert, nicht aber im Zuge des Systemwechsels.

Schließlich sind die größten Verschiebungen auf sozioökonomischer Ebene zu beobachten. Zwar blieb Geschlecht auch im postsozialistischen Polen ›Platzanweiser‹, doch wirkten darüber hinaus neue Faktoren der sozialen Auf- und Abwertung wie Bildung, Alter und große Unterschiede zwischen Stadt und Land. In diesem Zusammenhang wurde Geschlecht – beispielsweise beim Thema der Arbeitslosigkeit – zum Multiplikator.

Im Untersuchungszeitraum zeigt sich zudem eine ähnliche Entwicklung, wie sie Małgorzata Fidelis bereits für die Nachkriegszeit in der Volksrepublik nachwies: »gender politics could serve as a bridge between the traditional segment of society and the new state seeking legitimacy in a hostile environment.«¹ In diesem Sinne sind Verhandlungen von Geschlecht bzw. Geschlechterrollen immer auch Verhandlungen von Macht.² An dieser Stelle möchte ich an David Ost anknüpfen, der in seiner Analyse des postsozialistischen Europa betont, dass »class conflicts became articulated not as conflicts over interests but as conflicts about identity«, worin er insbesondere in Bezug auf Polen die Ursprünge des Illiberalismus sieht.³ Osts Erkenntnisse möchte ich hier um zweierlei Gedanken ergänzen: Zum einen, dass die ›Geschlechterfrage‹ den Kulminationspunkt dieser »conflicts about identity« darstellt(e) und dabei kaum vom nationalkatholischen Diskurs zu trennen ist. Zum anderen, dass Konflikte über Identität und Klasse eng miteinander verbunden sind und gerade im Geschlechterdiskurs zwei Seiten derselben Medaille darstellen.

Letztlich zeigt die vorliegende Untersuchung, dass es nötig ist, Transformationen als systemübergreifenden Prozess mit Vor- und Nachspiel zu betrachten, der nicht so sehr an konkreten Datumsgrenzen, als vielmehr an Diskursverschiebungen, politischen Entscheidungen oder sozioökonomischen Veränderungen festzumachen ist. Gerade die Vergeschlechtlichung von Arbeit nach 1989 lässt sich nicht ohne die volksrepublikanische Vorgeschichte erklären. Gleiches gilt für die Sejmdebatten in Polen, die ein generelles Wissen von der Geschichte und Kultur des Landes erfordern, rekurren sie doch permanent auf historische Begebenheiten und einen davon geprägten, spezifischen religiös-kulturellen Unterbau.

Grenzen und Chancen des Forschungsansatzes

Eine umfassende Analyse des gesamtgesellschaftlichen Geschlechterdiskurses zwischen 1980 und 2004 – so relevant er für diese Studie gewesen wäre – hätte den Rahmen dieser Arbeit gesprengt; vielmehr habe ich mich bewusst auf die politische Entscheidungsebene

1 Fidelis: Women, S. 34.

2 Vgl. dazu: Lorey: Macht.

3 Ost: Solidarity, S. 179.

konzentriert. Überdies gibt es bereits Analysen, die die Medienebene oder feministische Gruppierungen abdecken. Auch wäre eine tiefere Untersuchung der Frage, welche politischen Fraktionen innerhalb der PZPR bzw. des Zentralkomitees welche Agenda verfolgten, interessant gewesen, da dies einen genaueren Einblick in die Motivation der Entscheidungsträger:innen ermöglicht hätte; gleiches gilt für interne Debatten innerhalb der politischen Parteien nach 1989. Dem stand nicht zuletzt die Schließung der Archive im Zuge der COVID-19-Pandemie im Wege. Davon abgesehen sind parteiinterne Dokumente oft nicht zugänglich bzw. schlichtweg nicht mehr vorhanden. Die betrifft auch die Perspektive der Betroffenen, die hier nur teilweise aufschien, aber nicht explizit Thema war. Diesbezüglich wären vor allem die Erfahrungen von sozial marginalisierten Gruppen wie Landwirt:innen oder Industriearbeiter:innen eine tiefergehende Untersuchung wert, zumal es hierzu bislang noch keine bis wenig Forschung gibt.

In dieser Studie habe ich Geschlechterrollen, Geschlechterpolitiken und die sozio-ökonomische Situation in Abhängigkeit von Geschlecht untersucht. Dabei sind immer wieder Fragen nach dem Verhältnis der drei Untersuchungsebenen aufgetreten. Meine Forschung stellt diesbezüglich einen neuen Ansatz dar, existiert doch bislang weder eine geschlechtergeschichtliche Untersuchung der langen Zeit der Transformation in Polen, noch ist mir Forschung bekannt, die die drei genannten Untersuchungsebenen zusammenführt. Gerade diese Kombination aus wirtschafts- und sozialgeschichtlichen mit geschlechtergeschichtlichen Ansätzen verspricht einen erheblichen Mehrwert, auch wenn sie eine interdisziplinäre Herausforderung bleibt. So konnte ich in dieser Studie zeigen, dass eine geschlechtergeschichtliche Perspektive eine neue Sicht auf die lange Zeit der Transformation insgesamt eröffnet, indem sie beispielsweise das Narrativ einer Liberalisierung nach dem Ende des Staatssozialismus in Frage stellt. Hier liegt meines Erachtens ein Ansatzpunkt für weitere historische Forschungen, die den sogenannten Transformationsprozess system- und länderübergreifend untersuchen.

Letzte Gedanken

Eine erweiterte Perspektive auf ›Transformationsprozesse‹ ist aus meiner Sicht nicht zuletzt deshalb nötig, da politische Entwicklungen wie der aktuelle ›Rechtsruck‹ in Europa, den USA, aber auch in Südamerika eng mit diesen verbunden sind: Sei es in Polen oder in Ostdeutschland, wo das erste Jahrzehnt des Postsozialismus von tiefen wirtschaftlich-sozialen Einschnitten geprägt war; sei es in Pennsylvania in den USA oder im Nordosten Frankreichs. Hier verspricht die Untersuchung der Verknüpfung von immateriellen mit materiellen Aspekten der Auf- und Abwertung einen Erkenntnismehrwert, etwa um zu erörtern, warum Rechtspopulist:innen zwar dort stark sind,⁴ wo die Arbeitslosigkeit hoch und die Einkommen niedrig sind, zugleich aber auch in saturierten, bürgerlich ge-

4 Dies stellt allerdings nur einen Erklärungsansatz dar. Andere Aspekte sind für das Erstarken rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer Gruppierungen mindestens genauso bedeutend.

prägten Regionen Zuspruch finden, in denen die Menschen wohl mehr den Verlust ihrer diskursiven Vormachtstellung als unmittelbare soziale Not fürchten.⁵

In diesem Kontext ist ein Rekurs zu Karl Polanyis Buch *The Great Transformation* lohnenswert.⁶ Zwar untersuchte der Wirtschaftshistoriker die industrielle Revolution am Beispiel Englands im 19. und 20. Jahrhundert, doch lassen sich seine Erkenntnisse auch auf die Welt des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts anwenden. Seine Kritik an liberalen Philosoph:innen und Ökonom:innen, die jeglichen staatlichen Eingriff in Transformationen – seien es postsozialistische, solche schwerindustriell geprägter Regionen oder ökologisch motivierte – als eine Art Sakrileg abtun, trifft auch auf Polen in der langen Zeit der Transformation zu:

»Fired by an emotional faith in spontaneity, the common-sense attitude toward change was discarded in favor of a mystical readiness to accept the social consequences of economic improvement, whatever they might be. The elementary truths of political science and statecraft were first discredited then forgotten.«⁷

Es ist gerade diese Behauptung von ökonomischer Rationalität, die vorgeblich objektiv richtig und nur der Wahrheit verpflichtet sei, die in neoliberalen Reformprozessen nach den 1980er Jahren erst in Süd- und Nordamerika, dann in Ost- und Ostmitteleuropa und schließlich auch in West- und Südeuropa zur Anwendung kam.⁸ Diese Ansätze gehen in vielem über das hinaus, was »klassisch« liberale Ökonom:innen oder Ordoliberaler wie Walter Eucken oder der Urvater der liberalen Wirtschaftstheorie, Adam Smith, gefordert hatten, deren Theorien in moralphilosophische oder religiöse Überzeugungen eingebettet waren und alle das machtpolitische Primat des Staates bzw. des Souveräns betonten. Der Neoliberalismus im Sinne Hayeks ist etwas genuin Neues, indem er Gesellschaft und Staat der ökonomischen Logik unterwirft. Dieser »ökonomische Imperialismus« führt zu der Behauptung, dass sich jegliche private oder politische Entscheidung, ja der Mensch an sich lediglich am Eigeninteresse bzw. der eigenen Nutzenmaximierung ausrichte. Dieser quasi-religiöse Glaube an den Egoismus als einzige Triebfeder des Menschen, der mit einer völligen Negierung von Politik im eigentlichen Sinne einhergeht, ist auch im Transformationsprozess in Polen zu beobachten. Die Behauptung, die Verfasstheit des neuen marktwirtschaftlichen Staates sei nicht zu beeinflussen bzw. alternativlos, untergrub von Beginn an den »Demokratisierungsprozess«. Daraus folgte, dass in der lan-

5 Der Soziologe Andreas Reckwitz spricht davon, dass neben der »Unterklasse« auch die sogenannte »alte Mittelklasse« von einem kulturellen Abwertungsprozess betroffen sei. Werte dieser Klasse wie »Fleiß«, »Status« und »Disziplin« seien in der seit den 1970er Jahren zu einem Ende gelangt Moderne vorherrschend gewesen, seien mittlerweile (in der Postmoderne) aber nicht mehr hegemonial. Wichtiger seien nun »Authentizität«, »Anerkennung« oder »Selbstverwirklichung« Vgl. dazu: Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten. Berlin 2019. Auch wenn ich Reckwitz' Analyse in ihrer Gesamtheit nicht teile, da ich der Auffassung bin, dass er sozioökonomische Fragen gegenüber kulturellen unterschätzt, so teile ich seine These vom Verlust der diskursiven Vormachtstellung »klassischer« Werte als ein Erklärungsmuster für illiberale Einstellungen.

6 Polanyi, Karl: *The Great Transformation: The Political and Economic Origin of Our Time*. Boston 1957.

7 Ebd., S. 35.

8 Vgl. dazu: Ther: *Neue Ordnung*.

gen Zeit der Transformation in Polen ökonomische und soziale Fragen – wie etwa die grassierende Arbeitslosigkeit – nicht auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene verhandelt wurden, da die sozioökonomischen Reformen angeblich einer ›objektiven Rationalität‹ bzw. ›den wahren Gesetzen des Marktes‹ folgten.⁹ Vielmehr wurde die diesbezügliche Debatte auf eine kulturelle Ebene verschoben. In Ostdeutschland ist das Pendant dazu meines Erachtens der nationalistische und rassistische Diskurs der frühen 1990er Jahre, der 1993 im sogenannten Asylkompromiss gipfelte. Dort wurde weder kritisch über die eher verdorrten denn ›blühenden Landschaften‹ gesprochen, noch über politische Fehler, die teilweise zu einem völligen Zusammenbruch der sozialen Ordnung geführt hatten. Stattdessen wurde eine vermeintliche ›Gefahr durch Ausländer‹ beschrieben – mit dem Ergebnis, dass beispielsweise 1991 in Frankfurt (Oder) polnische PKWs oder Reisebusse mit Steinen angegriffen wurden und sich ›Bürgerwehren‹ bildeten, die den ›Wirtschaftsflüchtlingen‹ und ›Billiglöhnern‹ aus dem Osten trotzen wollten.¹⁰ In seiner Interpretation der Entwicklungen in den 1920er Jahren kommt der erwähnte Karl Polanyi zu dem Schluss:

»Fascism [...] was rooted in a market society that refused to function [...]. In the Europe of the 1920s two such tendencies – counterrevolution and nationalist revisionism – figured prominently and overlay the more comprehensive but fainter pattern of fascism. Though both counterrevolution and revisionism were obviously limited to their specific objectives, they were easily confounded with fascism.«¹¹

Ohne die Parallelen überstrapazieren zu wollen, ist doch auffällig, wie sehr auch heute von Rechtsextremen und neofaschistischen Gruppen antisemitische, rassistische oder antifeministische Ideen als Lösung für die Folgen des Neoliberalismus präsentiert werden. Gerade der Kampf gegen Geschlechtergleichheit und Emanzipation wird dabei weltweit immer häufiger zum Proxy, der konservative und rechtsextreme Positionen verbindet. Er ist (zusammen mit Nationalismen) die konservative Antwort auf die Unsicherheiten, die der Neoliberalismus der 1990er Jahre in Polen und anderswo mit sich brachte. Bezüglich Polen ist allerdings wichtig zu betonen, dass die Ablehnung einer (völligen) Emanzipation der Frau bereits der PZPR bzw. WRON im letzten Jahrzehnt der Volksrepublik als Verbindungsstrang zu konservativ-katholischen Kreisen der Gesellschaft diente. Hinzu kam, dass auch der Neoliberalismus keinesfalls Emanzipation für alle bedeutete. Vielmehr wurden Care-Arbeiten in Polen weiterhin primär von Frauen erledigt – sei es im unbezahlten Bereich, oder indem Frauen zu bezahlter Care-Arbeit migrierten, vor allem nach Deutschland. Zwar profitierten mit Blick auf die Erwerbsarbeit vor allem gut ausgebildete Frauen auch vom Neoliberalismus, doch gab es andere, die zumindest bis 2004 weniger Chancen hatten als zuvor, beispielsweise weil sie von jahrelanger Arbeitslosigkeit und Armut betroffen waren.

9 Vgl. dazu: Kerner/Saar: Geschlechterwissen, S. 122.

10 Lausberg, Michael: Kein Verkauf an Polen. Antipolnischer Rassismus in Ostdeutschland, in: *Migazin vom 06.07.2015*, URL: <https://www.migazin.de/2015/07/06/antipolnischer-rassismus-in-ostdeutschland/> (abgerufen: 10.06.2024).

11 Polanyi: The Great Transformation, S. 248.

Diese Arbeit hat gezeigt, dass ökonomische und politische Liberalisierungen – sei es 1956, 1980/81 oder nach 1989 nicht zwangsläufig mit einer progressiven Geschlechterpolitik einhergehen, sondern vielmehr genau das Gegenteil der Fall ist. Insofern ist Geschlecht kein ›Nebenthema‹, sondern vielmehr ein Kernelement zum Verständnis politischer, ökonomischer und sozialer Prozesse in der langen Zeit der Transformation (1980–2004) in Polen.

Schließlich scheint es, als sei Polen zwar teilweise personell (ich denke dabei vor allem an Tusk und Kaczyński) noch immer mit den Nachwirkungen dieser Umbruchszeit beschäftigt, doch verlieren zugleich lange einflussreiche Institutionen (vor allem die katholische Kirche) seit einiger Zeit rapide an Einfluss. Gleiches gilt für heteronormative oder vermeintlich traditionelle Geschlechternormen. Hierbei zeigt sich, dass es gerade die direkte politische Einflussnahme der katholischen Kirche, die Propagierung sogenannter LGBT-ideologiefreier Zonen (*strefa wolna od ideologii LGBT*) oder das faktische Abtreibungsverbot waren, die 2023 bisher unpolitische Teile der Bevölkerung an die Wahlurnen oder zu Demonstrationen bewegten. Kurzum, die nationalkatholischen Kreise scheinen den Bogen überspannt und sich insbesondere in den Augen jüngerer Menschen völlig desavouiert zu haben. In diesem Zusammenhang lohnt ein Blick auf Länder wie Spanien oder Irland, deren Geschlechterdiskurse ebenfalls von einer Hegemonie katholischer Dogmen geprägt waren, bevor sie relativ schnell und konsequent in die entgegengesetzte Richtung kippten, wobei inzwischen auch hier eine Gegenbewegung zu beobachten ist. Insofern wird es spannend sein, zu sehen, wie sich Polen diesbezüglich im kommenden Jahrzehnt entwickeln und ob es vielleicht wieder zu einem Vorreiter in geschlechterpolitischen Fragen wird – wie als es 1918 das Frauenwahlrecht bereits drei Jahre früher als in Schweden einführte – oder etwa im Zuge der arbeitsrechtlichen Gleichstellung der Geschlechter in der frühen Volksrepublik. Zwar fungiert Geschlecht immer noch als sozioökonomischer ›Platzanweiser‹ in Polen, aber es scheint, als würden vor allem Polinnen dies immer weniger akzeptieren wollen. Ob sich daraus ein tatsächlicher Politikwechsel ergibt, hängt nicht zuletzt davon ab, inwiefern es gelingen wird, den Geschlechterdiskurs (und viele andere) aus den historischen Metaerzählungen herauszulösen. Mit anderen Worten: So spannend Geschichte auch sein mag, die Taufe Mieszkos im Jahre 966 sollte für die Frage, ob Polen 1058 Jahre später Schwangerschaftsabbrüche erlaubt oder ob Frauen in Fragen der Erwerbsarbeit gleichberechtigt sind, irrelevant sein.